

Medieninformation



Jahrespressekonferenz Brandenburg

BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.

Dienstag, den 17. Juli 2018

Sperrfrist 17.07.2018, 10:00 Uhr

**Maren Kern
Vorstand**

Eine Branche im Einsatz für Brandenburg

Das Land Brandenburg hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Daran haben die Mitgliedsunternehmen des BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. einen entscheidenden Anteil. „Mit günstigen Mieten, kräftigen Investitionen und weit über das Wohnen hinausgehenden Engagement sind sie hervorragende Argumente für ein Wohnen in der Mark. Die Landesregierung darf nicht in ihren Anstrengungen nachlassen, dass dazu auch die anderen Faktoren stimmen“, so BBU-Vorstand Maren Kern bei der Vorstellung der BBU-Jahresstatistik in Potsdam.

Denn: Auch wenn die Entwicklung des Landes insgesamt in die richtige Richtung gehe, so würden die Herausforderungen – allen anderen voran die im weiteren Metropolenraum weiter abnehmenden Bevölkerungszahlen mit ihren Leerstandsfolgen, aber auch steigende Kosten für Modernisierungs-, Instandhaltungs- und Neubauleistungen – dennoch nicht kleiner. „Die Arbeit für ein lebenswertes Brandenburg muss mit allem Nachdruck weitergehen. Die Landesregierung sollte alles dafür tun, damit die Städte als Ankerpunkte im Raum attraktiv und gut erreichbar sind. Das ist die wesentliche Voraussetzung dafür, damit sie vom Wachstum von Berlin-Potsdam profitieren können. Auf diese Weise können auch die Wuchsspannungen, beispielsweise in Potsdam, reduziert werden“, erklärte Kern.

Als Schlüsselfelder benannte sie den Ausbau von Nahverkehr und Digitalisierung sowie die Sicherung der sozialen und kulturellen Infrastruktur. Kern: „Das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung als zentrale Schaltstelle für diese immer komplexeren Aufgaben sollte innerhalb der Landesregierung hier noch stärker koordinieren können“, forderte Kern. Der BBU wolle dabei, auch im Rahmen des 2017 geschlossenen „Bündnisses für Wohnen in Brandenburg“, gerne unterstützen. Die BBU-Mitgliedsunternehmen seien bereits stark im Einsatz für Brandenburgs Entwicklung:

Wohnungswirtschaft schafft Heimat

Mit Nettokaltmieten von durchschnittlich 4,99 Euro pro Monat und Quadratmeter machen die BBU-Mitgliedsunternehmen gutes Wohnen in Brandenburg bezahlbar. „Damit sind sie wichtige Anker, damit sich die Menschen zu Hause fühlen und ihre Nachbarschaften als Heimat erleben können“, so Kern. Auch in Potsdam liegen die Nettokaltmieten mit 5,74 Euro sogar noch unter dem BBU-Wert für Berlin (5,94 €).

Wohnungswirtschaft sichert gutes Wohnen

Von jedem Euro Miete haben die BBU-Mitgliedsunternehmen im letzten Jahr fast 50 Cent in die Bestände reinvestiert. „Das ist nicht nur Ausweis ihres großen Verantwortungsbewusstseins, sondern vor allem auch ihrer hohen Orientierung an den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner. Sie setzen sich mit aller Kraft dafür ein, überall im Land attraktive und differenzierte Wohnangebote zu schaffen“, unterstrich Kern. Der hohe Wert sei umso bemerkenswerter als da die Unternehmen neben den Investitionen auch noch Kredite bedienen sowie Leerstandskosten tragen müssten.

Wohnungswirtschaft baut Zukunft

Die Investitionen der BBU-Mitgliedsunternehmen in Brandenburg sind 2017 erneut gestiegen und haben mit rund 572 Millionen ein Niveau wie zuletzt vor fast 20 Jahren erreicht. Auch 2018 wollen sie wieder mehr investieren, wobei neben Modernisierungen und Instandhaltung auch der Neubau zulegen soll. 540 neue Mietwohnungen sind von den Unternehmen 2017 fertiggestellt worden, davon 128 in Potsdam. Bis 2022 sollen rund 4.600 weitere Mietwohnungen folgen, rund 1.500 davon in der Landeshauptstadt.

Wohnungswirtschaft schützt das Klima

Hohe Modernisierungsstände von deutlich über 90 Prozent des Wohnungsbestandes von BBU-Mitgliedsunternehmen führen nicht nur zu stabilen warmen Betriebskosten von 2,14 Euro pro Monat und Quadratmeter (2016), sondern auch zu einer deutlichen Entlastung bei den CO₂-Emissionen der Wohnungen. Im Vergleich zu 1990 emittieren die BBU-Bestände im Land Brandenburg fast 80 Prozent bzw. rund 1,5 Millionen Tonnen CO₂ weniger.

Die Themen im Überblick

- **Heimatbranche Wohnungswirtschaft**
 - **Zukunftsbranche Wohnungswirtschaft**
 - **Nachhaltigkeitsbranche Wohnungswirtschaft**
-

Anhang

- **BBU: Daten und Fakten**
- **Karte: Das BBU-Verbandsgebiet**

Medienkontakt:

Dr. David Eberhart

Pressesprecher

Tel.: 030 897 81 118

Mobil: 0172 32 99 700

E-Mail: david.eberhart@bbu.de

Heimatbranche Wohnungswirtschaft

Dank seiner jährlich in Vollerhebung unter seinen Mitgliedsunternehmen in Berlin und Brandenburg ermittelten Daten bildet der BBU die Mietwohnungsmärkte in Brandenburgs Städten präzise ab. „Mit unseren Zahlen legen wir deshalb sozusagen einen Mietwohnungsmarktbericht vor. Er wirft einen Blick auf die Wohnrealität von schätzungsweise 800.000 Brandenburgerinnen und Brandenburgern in gut 60 Städten“, so BBU-Vorstand Maren Kern. Mit seiner Detailtiefe zeigt er auch auf, wo Brandenburg besonders interessante Wohnpotenziale bietet.

Die durchschnittliche Nettokaltmiete im Land Brandenburg lag 2017 bei den BBU-Mitgliedsunternehmen bei 4,99 Euro pro Monat und Quadratmeter. Damit waren sie um 1,6 Prozent über dem Vorjahreswert, exakt gleichauf mit der allgemeinen Inflationsrate im Land Brandenburg. Im Berliner Umland lag dieser Wert bei 5,48 Euro, im weiteren Metropolenraum bei 4,76 Euro. Kern: „Wir sprechen von unseren Unternehmen nicht umsonst von der ‚sozialen Wohnungswirtschaft in Brandenburg‘. Bezahlbares Wohnen ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Menschen sich zu Hause fühlen können.“

Gesamtwohnkosten: In Brandenburg wohnt es sich im Schnitt 100 Euro günstiger als in Berlin

Bei der durchschnittlichen Warmmiete, die der BBU in diesem Jahr erstmals für die Landkreise, die kreisfreien Städte sowie einige weitere ausgewählte Städte zur Verfügung stellt, waren die Steigerungen sogar unterhalb der Inflationsrate. Im Durchschnitt des Landes lag sie mit 7,40 Euro pro Monat und Quadratmeter 1,1 Prozent über dem Vorjahreswert. Für eine 60-Quadratmeter-Wohnung bei einem BBU-Mitgliedsunternehmen im Land Brandenburg fielen so Wohnkosten von insgesamt 444 Euro im Monat an. Zum Vergleich: Für Berlin lag dieser Wert bei rund 520 Euro im Monat.

Im Berliner Umland lagen die Warmmieten bei 7,98 Euro pro Monat und Quadratmeter; eine Wohnung mit 60 Quadratmetern kostete dort durchschnittlich rund 480 Euro im Monat, im Vorjahresvergleich 8,40 Euro mehr. Im weiteren Metropolenraum des Landes Brandenburg sind die Warmmieten mit 7,12 Euro pro Monat und Quadratmeter im Schnitt fast einen Euro günstiger als rund um Berlin-Potsdam; eine Durchschnittswohnung kostete dort rund 430 Euro im Monat, im Vorjahresvergleich 3 Euro mehr.

Mehr Perspektiven in Städten – Fluktuation sinkt

7,9 Prozent der Mieterinnen und Mieter bei BBU-Mitgliedsunternehmen haben 2017 ihre Wohnung gekündigt – der niedrigste Stand seit Beginn der Erfassung dieser Zahlen im Jahr 2001. Die durchschnittliche Wohndauer erhöhte sich damit auf rund 13 Jahre (Berlin: 18 Jahre, Potsdam: 16 Jahre). Damit setzte sich der Rückgang der Vorjahre fort. Zwischen 2012 und 2017 ging die Umzugsneigung von Mieterinnen und Mietern bei BBU-Mitgliedsunternehmen in 16 der 18 Landkreise und kreisfreien Städte zurück. „Wir werten das in doppeltem Sinne positiv als Ausdruck sowohl einer weiter steigenden Zufriedenheit mit den Wohnungen als auch – und das ist fast noch wichtiger – offenbar auch mehr persönlichen Perspektiven in den jeweiligen Städten“, freute sich Kern.

Leerstandsgefälle bleibt ausgeprägt

Zum 31. Dezember 2017 standen bei BBU-Mitgliedsunternehmen in Brandenburg fast 26.000 Wohnungen leer: knapp 170 mehr als im Vorjahr, so dass sich die Quote um 0,1 Prozentpunkte auf 7,6 Prozent erhöhte. Der Leerstand verteilte sich dabei mit rund 2.500 Wohnungen auf das Berliner Umland (Quote unverändert 2,3 %) und mit deutlich über 23.000 Wohnungen auf den weiteren Metropolenraum (Quote 9,9 %, +0,1 Prozentpunkte). Deutliche Spitzenreiter beim Leerstand sind weiterhin die Prignitz (17,6 %, +0,3) und der Landkreis Spree-Neiße (17,4 %, +0,5). Kern: „Der Leerstand ist Folge des fortgesetzten demografischen Wandels und den damit verbundenen Bevölkerungsverlusten. Beides ist und bleibt in vielen Städten des weiteren Metropolenraums ein sehr ernstes und bedrohliches Problem, das mit bewährten und auch neuen Instrumenten der Städtebauförderung angegangen werden muss. Wir erinnern Land und Bund in diesem Zusammenhang erneut daran, dass weitere Erfolge bei der Reduzierung des Leerstandes und dem Stadt-

umbau die ganz wesentlichen Grundlagen für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und eine Fortschreibung der Erfolgsgeschichte Brandenburger Stadtentwicklung sind.“

Wichtig wäre angesichts rückläufiger Abrisszahlen auch, dass die Landesregierung sich noch deutlich stärker als bisher gegenüber dem Bund für eine angemessene Erhöhung der Abrisspauschalen innerhalb des Stadtumbauprogramms auf 140 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche einsetzt. Denn: In einer BBU-Umfrage benannten jeweils mehr als 80 Prozent der antwortenden Unternehmen zu geringe Förderung, steigende Abrisskosten und einen hohen Schuldenstand auf den Abrissobjekten als größte Risiken für die Zukunft des Stadtumbauprozesses. Kern: „Damit haben wir die Punkte, an denen wir ansetzen müssen.“

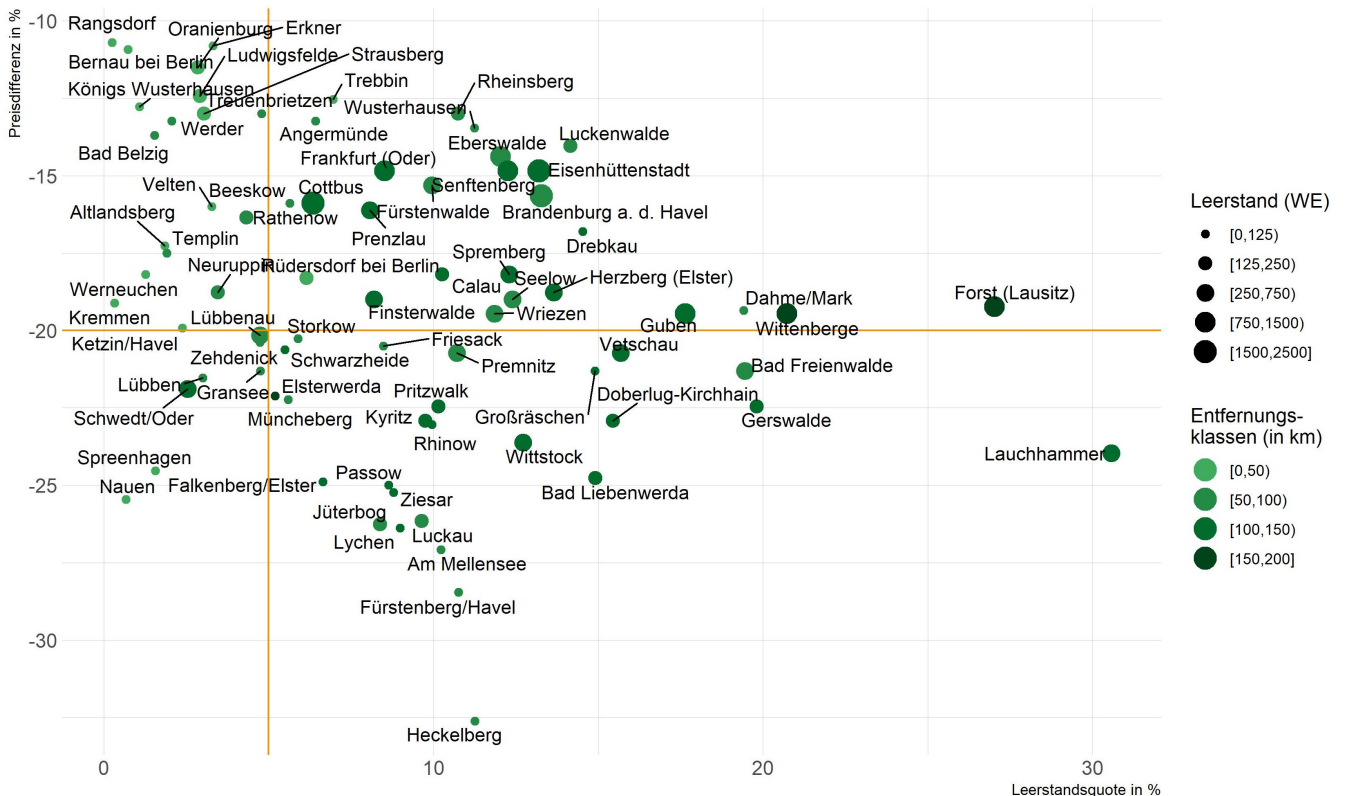
Wohnpotenziale Brandenburg: Es sollte so einfach sein!

Sehr viele Brandenburger Städte bieten Wohninteressenten nicht nur sehr günstige Wohnkosten, sondern dazu auch ein differenziertes Wohnangebot mit oft urbaner Infrastruktur. „In unmittelbarer Nähe zur wachsenden Metropole gut ausgestattete Wohnungen in schönen Städten zu deutlich günstigeren Mieten: Davon können vergleichbare Ballungsräume in Deutschland nur träumen“, so Kern. „Es ist Aufgabe der Landesregierung, diese Wohnpotenziale gemeinsam mit den Kommunen so anzubinden und zugänglich zu machen, dass sie vom Wachstum in Berlin-Potsdam profitieren und sich das Wachstum gerechter über das Land verteilen kann.“

Einen Überblick über potenziell besonders interessante Standorte zeigt die folgende Grafik. Aufgeführt sind hier Städte mit einem BBU-Wohnungsbestand von mehr als 300 Wohnungen und einer Differenz zur Berliner BBU-Warmmiete von mindestens 15 Prozent. „Städte mit mehr als 15 Prozent Warmmietenabweichung und einem Leerstand von mehr als fünf Prozent sind als potenzielle Wohnorte für Zuzügler in unsere Region besonders interessant – vorausgesetzt, ihre Anbindung an die Nahverkehrs-, aber auch an die Digitalinfrastruktur stimmt. Beides sind damit Schlüsselthemen für die Entwicklung von Brandenburgs Städten“, unterstrich Kern.

Abweichung zur Berliner Warmmiete (min. -10%) und Leerstandsquote

Orte mit min. 300 Wohnungen von BBU-Mitgliedsunternehmen



© BBU (2018)

Zukunftsbranche Wohnungswirtschaft

Gute Nachrichten für die Zukunftsfähigkeit von Brandenburgs Städten: Die Wohnungswirtschaft investiert so viel wie zuletzt vor fast 20 Jahren in ihre Bestände. „Mit ihrem Engagement setzen unsere Unternehmen ein klares Signal für die Zukunftsfähigkeit von gutem Wohnen. Darüber hinaus spricht aus diesen Zahlen aber vor allem auch ihr Bekenntnis zum Wohnland Brandenburg“, unterstrich BBU-Vorstand Maren Kern. Neben den absoluten Werten besonders beeindruckend: Der hohe Anteil der Investitionen in Bezug auf die Nettokaltmieten.

Rund 572 Millionen Euro investierten die brandenburgischen BBU-Mitgliedsunternehmen 2017 in gutes Wohnen in der Mark. Das waren 11,4 Prozent mehr als 2016.

Stärkste Investitionszuwächse beim Neubau

Am stärksten im Vorjahresvergleich gestiegen sind die Neubauinvestitionen (+28,8 %), gefolgt von den Modernisierungsinvestitionen (+11,6 %) und den Instandhaltungsinvestitionen (+2,2 %). Letztere machen mit rund 238 Millionen Euro aber nach wie vor den klaren absoluten Investitionsschwerpunkt aus.

Investitionsanteil von fast 50 %

Im rechnerischen Durchschnitt reinvestieren die Brandenburger BBU-Mitgliedsunternehmen 2017 fast die Hälfte ihrer Nettokaltmieteneinnahmen in Bestand und Neubau. Durchschnittlichen jährlichen Einnahmen aus der Nettokaltmiete für eine 60-Quadratmeter-Wohnung in Höhe von rund 3.600 Euro stehen den BBU-Berechnungen zufolge demnach rund 1.800 Euro an durchschnittlichen jährlichen Investitionen pro Wohnung gegenüber.

Kern: „Von jedem Euro Miete kommen so 50 Cent direkt wieder bei den Mieterinnen und Mietern an, sei es in Form demografischer oder energetischer Modernisierungen, lebenswerter Wohnumfelder oder von Neubau. Diese klare Ausrichtung an den Bedürfnissen von Menschen und Städten ist sehr bemerkenswert und steht für das enorme Verantwortungsbewusstsein der sozialen Wohnungswirtschaft in Brandenburg, für ihre Zukunftsorientierung und ihre Bereitschaft, auch in Schrumpfungsregionen durch attraktive Wohnangebote um jeden Mieter zu kämpfen.“ Umso bemerkenswerter sei dieser hohe Anteil insbesondere auch deshalb, weil mit den übrigen 50 Cent von den Wohnungsunternehmen noch hohe weitere Belastungen finanziert werden müssten, z. B. die Bedienung von Krediten oder Einnahmeausfälle als Folge von Leerstand.

2018: Investitionssteigerung um fast ein Drittel geplant

Für das laufende Jahr sind dem BBU von seinen Mitgliedsunternehmen weitere Investitionssteigerungen angekündigt worden. Die Wohnungswirtschaft plant 2018 Investitionen in Höhe von 736 Millionen Euro (+28,6 %). Das wäre der höchste Stand seit 1999. Ausgeweitet werden sollen vor allem die Neubauinvestitionen, die um über 57 Prozent auf dann gut 241 Millionen Euro zulegen sollen. Regionaler Schwerpunkt der Neubauinvestitionen wird dann zwar weiterhin das Berliner Umland sein (rd. 162 Mio. €, +37,8 %). Die höchsten Steigerungen für den Neubaubereich werden aber in den Städten im weiteren Metropolitanraum erwartet (+121,5 % auf dann rd. 80 Mio. €).

Kräftiges Plus bei Baufertigstellungen und Bauplanungen

2017 haben die Brandenburger BBU-Mitgliedsunternehmen 540 Mietwohnungen fertiggestellt, davon 274 im Berliner Umland (Potsdam: 128). Darüber hinaus wurden Grundsteine für 1.348 weitere Mietwohnungen gelegt (davon 1.092 im Berliner Umland bzw. 517 in Potsdam). Bis 2022 wollen die Unternehmen 4.551 neue Mietwohnungen und damit neue Zuhause für rund 10.000 Menschen auf den Weg gebracht haben, davon 3.159 im Berliner Umland bzw. 1.442 in Potsdam.

Bauhemmnisse = Investitionshemmnisse

Sorge bereiten den BBU-Mitgliedsunternehmen allerdings zunehmende Bauhemmnisse, die sich rasch zu Investitionshemmnissen entwickeln können. Das ergab eine Umfrage des BBU unter seinen bauenden Brandenburger Mitgliedsunternehmen zu zehn bauhemmenden (sowohl Neubau als auch Modernisierung) Faktoren. Die beteiligten Unternehmen spiegeln alle Unternehmensformen innerhalb des BBU und stehen im Land Brandenburg für rund 120.000 Wohnungen.

Bemerkenswert dabei: Steigende Preise für Modernisierungs-, Instandhaltungs- und Neubauleistungen führten sowohl im Berliner Umland (78 %) als auch im weiteren Metropolitanraum (68 %) die Liste mit den größten Risiken an. Das Fehlen von Baukapazitäten folgte im Umland auf Platz 2 (73 %), kam aber auch im weiteren Metropolitanraum (59 %) mit Platz 3 ganz vorne auf die Liste der Schwierigkeiten. Kern: „Der Neubau boomt in der gesamten Hauptstadtregion, weshalb zunehmend Bau- und Handwerkskapazitäten aus Brandenburg durch Bauprojekte in Berlin gebunden werden. Wir hoffen, dass die Bauindustrie mit ihren Bemühungen um eine Ausweitung ihrer Kapazitäten und eine stärkere Nachwuchsgewinnung, beispielsweise auch unter jungen Geflüchteten, erfolgreich ist.“

Auf Platz 3 folgt im Umland das Fehlen von Bauland (60 %). Platz 2 bei den Unternehmen im weiteren Metropolitanraum belegte das Fehlen von Förderung (64 %), sowohl für Neubau als auch für einen zukunftsorientierten Stadtumbau. Deshalb appellierte Kern an die Landesregierung, die im ganzen Land rasant steigenden Baupreise bei der Gestaltung der Wohnungsbau-Förderbedingungen im Blick zu behalten und diese zügig den Realitäten anzupassen. „In diesem Jahr rechnet das Land mit Grunderwerbsteuereinnahmen von rund 340 Millionen Euro, über 30 Prozent mehr als im Erhöhungsjahr 2015. Bei der Gestaltung von Förderung sollte es also durchaus weitere Spielräume geben“, so ihre Forderung.

Tabelle: Investitionen der BBU-Mitgliedsunternehmen mit Sitz im Land Brandenburg

Zeitraum	Neubau (Mio. EUR)	Instandsetzung und Instandhaltung (Mio. EUR)	Modernisierung (Mio. EUR)	Investitionen insgesamt (Mio. EUR)
2005	25,9	153,5	124,3	303,7
2013	86,6	204,3	154,8	445,7
2014	96,2	208,1	141,7	446,0
2015	118,9	214,8	167,2	500,8
2016	119,2	232,6	161,8	513,5
2017	153,5	237,8	180,6	571,9
Σ 1991 bis 2017	1.952,8	6.338,5	7.609,5	15.900,9
Planungen 2018	241,4	256,4	237,9	735,7
Veränderungen 2018 zu 2017	+57,2 %	+7,9 %	+31,7 %	+28,6 %

Quelle: BBU-Statistik

Nachhaltigkeitsbranche Wohnungswirtschaft

Die kontinuierlichen Investitionen in die Bestände der BBU-Mitgliedsunternehmen in Brandenburg zeigen Wirkung: Dank eines zwischenzeitlich erreichten Modernisierungsstandes von über 90 Prozent konnten durchschnittlicher Energiebedarf und CO₂-Emissionen ihrer Wohnungen deutlich gesenkt und gleichzeitig die Betriebskosten stabilisiert werden. „Mehr als viele andere Branchen, setzt die Wohnungswirtschaft auf Nachhaltigkeit. Die Potenziale für weitere Energieeinsparungen sind mittlerweile aber ausgeschöpft. Deshalb muss jetzt die Wende der Energiewende in Angriff genommen werden. Der BBU hat hierzu eine Studie vorgelegt“, forderte BBU-Vorstand Maren Kern.

Mit Investitionen von insgesamt rund 16 Milliarden Euro seit 1991 haben die Brandenburger BBU-Mitgliedsunternehmen dafür gesorgt, dass ihr Wohnungsbestand zu rund 94 Prozent vollständig oder teilweise modernisiert ist. Im Vergleich zu 1990 sind ihre CO₂-Emissionen deshalb heute um fast 80 Prozent niedriger. Je BBU-Wohnung reduzierten sich die CO₂-Emissionen in diesem Zeitraum von durchschnittlich 5,5 Tonnen auf zuletzt 1,27 Tonnen. Für alle BBU-Wohnungen zusammen ergibt das eine Entlastung um rund 1,5 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr.

Stabile Betriebskosten

Aktuell liegt der Heizenergiebedarf einer BBU-Wohnung (Warmwasser und Heizung) bei durchschnittlich 108 Kilowattstunden pro Jahr. Dafür wurden 2016 (die Abrechnungen für 2017 laufen derzeit noch) durchschnittlich 0,95 Euro pro Monat und Quadratmeter abgerechnet – und waren damit im Vorjahresvergleich stabil. Leicht um 0,04 Euro auf 1,19 Euro pro Monat und Quadratmeter gestiegen sind hingegen die kalten Betriebskosten. Minimal gestiegen sind dabei im Vorjahresvergleich die Kosten für Kabelfernsehen, Gartenpflege und Müllabfuhr. Insgesamt lagen die durchschnittlichen Betriebskosten bei Brandenburger BBU-Mitgliedsunternehmen 2016 bei 2,14 Euro pro Monat und Quadratmeter (Berlin: 2,46 €/m²). Für das jetzt laufende Abrechnungsjahr 2017 wird mit einem leichten Anstieg auf 2,15 Euro gerechnet.

Energiewende – aber richtig!

Trotz aller von der Wohnungswirtschaft bereits unternommenen Anstrengungen und erzielten Erfolge: Das „Energiewende-Land“ Deutschland wird seine vertraglich zugesicherten Klimaschutz-Zwischenziele 2020 deutlich verfehlen. Das liegt daran, dass die deutsche Energie- und Förderpolitik bislang als einzige in Europa auf den Grundsatz „Dämmen statt Denken“ setzt. Jenseits der Sicherstellung der Behaglichkeit und einer konzeptionell notwendigen Energieeinsparung führt aber jeder weitere Zentimeter Materialaufwand für die Dämmung nur noch zu einer exponentiell abnehmenden Einsparung beim Heizwärmebedarf, während der Kosten-, Ressourcen- und Primärenergieaufwand des Materials linear zunimmt. Die Folge: Weiter steigende Baukosten bei allenfalls noch minimalen Einsparergebnissen.

Die Wohnungswirtschaft appelliert deshalb an die Brandenburger Landesregierung, ihren Einfluss bei den derzeit laufenden Verhandlungen zum Gebäude- Energiegesetz (GEG) für eine gründliche Neuausrichtung der Energiewende zu nutzen. Wesentliche Eckpunkte dabei:

- **Effizienzmaßstab CO₂-Einsparung:** Die (tatsächliche) CO₂-Einsparung, nicht mehr die (theoretische) Energieeffizienz, muss zum Schrittmacher der Energiewende werden
- **Technologieoffenheit:** Ermöglichung des Wettbewerbs um die jeweils besten (=effizientesten und nachhaltigsten) Lösungen bei Neubau und Modernisierung
- **Fokus erneuerbare Energien:** Konsequente Dekarbonisierung der Energieversorgung durch ihre Umstellung auf erneuerbare Energien – zum Nutzen für die Wohnungswirtschaft sowie für die Mieterinnen und Mieter
- **Monitoring:** Transparente bundeseinheitliche Monitoring-Standards als Grundlage einer wissenschaftlichen Begleitung der Energiewende
- **Ganzheitlichkeit:** Schluss mit der gebäude- oder sektorweisen Betrachtung der Energiewende; hierzu gehört auch das Denken in Quartierslösungen statt in Einzelgebäuden

BBU: Daten & Fakten

Der BBU ist mit rund 350 Mitgliedsunternehmen in Berlin und dem Land Brandenburg der größte und älteste wohnungswirtschaftliche Verband der Hauptstadtregion. Unter seinem Dach vereinen sich öffentliche, genossenschaftliche, private und kirchliche Wohnungsunternehmen. Zusammen bewirtschaften sie gut 1,1 Millionen Wohnungen in Berlin und Brandenburg. Mit ihren Umsätzen, Investitionen sowie Arbeits- und Ausbildungsplätzen sind sie ein wichtiger Wirtschaftsfaktor der Hauptstadtregion.

Zahlen: Umsätze, Arbeitsplätze, Ausbildungsverhältnisse, Investitionen

Die BBU-Mitgliedsunternehmen erzielten im vergangenen Jahr Umsätze von knapp 5,9 Milliarden Euro. Sie stellten rund 11.245 Arbeitsplätze, darunter 519 Ausbildungsplätze. Rund 15.000 weitere Arbeitsplätze werden in Handwerk und Baugewerbe maßgeblich durch die Aufträge der Mitgliedsunternehmen gesichert. Seit 1991 investierten sie gut 55 Milliarden Euro in gutes und bezahlbares Wohnen.

50 Prozent im Land Brandenburg, 43 Prozent in Berlin

Die knapp 340.000 Wohnungen der brandenburgischen BBU-Mitgliedsunternehmen stellen etwa 50 Prozent des brandenburgischen Mietwohnungsbestandes dar. Die über 700.000 Wohnungen der BBU-Mitgliedsunternehmen in Berlin entsprechen circa 43 Prozent des Berliner Mietwohnungsbestandes. Mehr als zwei Millionen Menschen wohnen bei BBU-Mitgliedsunternehmen. Mitgliedsunternehmen sind:

- 89 landeseigene und kommunale Wohnungsbaugesellschaften mit rund 500.000 Wohnungen,
- 197 genossenschaftliche Wohnungsunternehmen mit rund 320.000 Wohnungen,
- 61 private Wohnungsunternehmen und sonstige Unternehmen mit rund 339.000 Wohnungen.

17 Mitgliedsunternehmen bewirtschaften jeweils mehr als 10.000 Wohnungen.

Das Leistungsspektrum des BBU: Interessenvertretung, Beratung, Prüfung

Der BBU hat zwei Säulen. Die eine ist die Bündelung und Vertretung der Mitgliederinteressen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Er stellt seinen Mitgliedsunternehmen unverzichtbares Expertenwissen zur Verfügung und versorgt sie tagesaktuell mit relevanten Informationen rund um die Schlüsselbranche Wohnungswirtschaft. Die zweite Säule des BBU ist seine gesetzlich verankerte Aufgabe als Prüfungsverband für die genossenschaftliche Jahresabschlussprüfung.

Mit den Tochter- und Partnerunternehmen DOMUS AG, DOMUS Consult Wirtschaftsberatungsgesellschaft GmbH, BBT Treuhandstelle des Verbandes Berliner und Brandenburgischer Wohnungsunternehmen GmbH und BBA – Akademie der Immobilienwirtschaft e.V., Berlin ergänzt der Verband sein Portfolio um die Bereiche Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Consulting sowie Aus- und Weiterbildung - im Einsatz für eine moderne und zukunftsfähige Wohnungswirtschaft.

Das BBU-Verbandsgebiet

Der BBU vertritt öffentliche, genossenschaftliche, private und kirchliche Wohnungsunternehmen zweier Bundesländer. Dabei wird der Verband mit sehr unterschiedlichen Gegebenheiten konfrontiert: Während Berlin, Potsdam und ihr Umland eine anhaltende Bevölkerungszunahme registrieren, schrumpft die Bevölkerungszahl im weiteren Metropolenraum des Landes Brandenburg vielerorts. In wohl keiner anderen Region Deutschlands liegen Wachstum und Schrumpfung so dicht beieinander wie hier.

